

Üibedecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werthältigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Der „Üibedecker Volksbote“ erscheint täglich abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Allee 97, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M.R. 1,60. Monatlich 55 Pf. Postleitzahl Nr. 4089 a 6. Nachtrag.

Die Ausgabengebühr beträgt für die vierseitige Zeitung über deren Raum 15 Pfennige, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 217.

Donnerstag, den 13. Dezember 1894.

1. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem Reichstage. Heute wurde erst die zweite Sitzung im neuen Hause abgehalten und schon bot der Sitzungsraum dasselbe Bild über Leere wie meistens in der vergangenen Session. Die Beschlussfähigkeit scheint wieder bauernd auf der Tagesordnung zu stehen. Und selbst bei den wenigen Abgeordneten, die anwesend sind, macht sich eine gewisse Apathie bemerkbar. Nicht einmal die neueste Blüthe staatsanwaltschen Empfindens, das unsern alten treuen Kämpfen Liebknecht auf die Auflagebank fordert, verursachte größere Aufregung. Liebknecht selbst und unsere Genossen sehen natürlich dem Laufe der Dinge am ruhigsten zu. Am Bundesratstische war es heute voller als unten im Saale. Die Bevollmächtigten zum Bundesrat waren fast vollständig zur Stelle, außerdem wimmelte es von Geheimräthen und Kommissaren, die alle ihren neuen Chef zum ersten Mal als Reichskanzler reden hören wollten. Fürst Hohenlohe eröffnete denn auch den Reigen der Reden mit einer längeren Ansprache. Der Eindruck, daß man es bei ihm mit einem alten gebrechlichen Manne zu thun habe, wurde durch die Art seiner Rede noch verstärkt. Fürst Hohenlohe spricht mit schwacher und heiserer Stimme, so daß man auf der Journalistentribüne Mühe hatte, ihn zu verstehen. Seine Rede war nicht sehr inhaltsreich. Er leugnete einen Systemwechsel und begründete im übrigen die harrenden Ausgaben für Heer, Marine, Kolonien u. s. w. mit der altbekannten Redewendungen von der Ehre der Nation usw. Interessant war eine Neuherierung, wonach für die Arbeiter eigentlich schon genug gethan sei und jetzt die Arbeitgeber untersucht werden müssten. Auf den Bänken der nationalliberalen Schlotbarone ertönte dabei verständnisloses Bravo. Arbeiter, macht Euch auf eine weitere Beschniedigung Eurer Rechte gefaßt! Weiter bezeichnete der neue Reichskanzler die Umsturzvorlage als ein Echo der Stimmung weitester Volkskreise. Nun, vielleicht beweist dem Fürsten Hohenlohe eine Neuwahl, wie wenig er die „weitesten Volkskreise“ kennt. Um das Centrum gefügig zu machen, sagte er diesem allerlei Schmeicheleien. Daß diese auf keinen unfruchtbaren Boden gefallen waren, bewies dann die Etatsrede des Abg. Bachem, in der dieser Führer des Centrums um die Umsturzvorlage wie die Kake um den heißen Brei herumschlich. Nach Bachem kam Eugen Richter zum Wort. Von treffender Satire waren seine Worte über den stattgehabten Kanzlerwechsel und seine unbekannten Gründe; auch sonst hatte die Rede, wie alle Etatsreden Richter's, gute Momente. Auf seine Herausforderung, etwas über die Gründe des Caprivi'schen Sturzes zu erzählen, ging der vielgewandte Herr v. Bötticher nicht ein. Vielleicht fürchtete auch er den „schwarzen Mann“ und den „blauen Brief“. Die Art, mit der der Minister die Wissbegierde der Linken von oben herab abfertigte, war ein Beweis für die Achtung, die in bundesrätlichen Augen das Parlament besitzt. — Morgen dürfte Genosse Bebel zum Wort kommen.

Der neueste Vorstoß der Reaktion gegen unsere Abgeordneten haben wir schon gestern mitgetheilt. Man will wegen der Vorgänge in der Sitzung im neuen Reichstagsgebäude zunächst an dem Genossen Liebknecht ein Exempel statuiren, daß man auch im Reichstage bei einem Hoch auf den deutschen Kaiser nicht sitzen bleiben darf. Die Regierung sucht beim Reichstage um die Genehmigung nach, um die Majestätsbeleidigungslage erheben zu dürfen. Es ist jedoch nicht das erste Mal, daß ein solcher Versuch gemacht wird, die Immunität des Reichstages zu durchbrechen. Bei einer früheren Gelegenheit, im Jahre 1880 wurde bereits, wie im „Vorwärts“ mitgetheilt wird, ein ähnlicher Antrag gestellt, weil Liebknecht sich bei einem Hoch auf den Kaiser nicht erhoben hatte. Diesen Versuch wies der Reichstag zurück, als nicht verträglich mit der durch die Reichsverfassung verbürgten Immunität der Abgeordneten.

Der betreffende Artikel (30) der Reichs-Verfassung lautet:

Kein Mitglied des Reichstages darf zu irgend einer Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufs gehauenen Neuherungen verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden.

Damals wurde seitens derer, die auf strafrechtliche Verfolgung drangen, behauptet, daß die Immunität sich bloß auf Abstimmungen und Reden erstrecke. Allein hiergegen wurde geltend gemacht, daß das Wort „Neuherungen“ mehr bedeutet, als „Reden“, und daß außerdem der Reichstag nach Artikel 27 der Reichsverfassung seine Disziplin selbst regelt. Dieser Artikel 27 lautet:

Der Reichstag prüft die Legitimation seiner Mitglieder und entscheidet darüber. Er regelt seinen Geschäftsgang und seine Disziplin durch eine Geschäftsordnung und erwählt seinen Präsidenten, seine Vizepräsidenten und Schriftführer.

Hieraus erhellt, daß ein Staatsanwalt kein Recht hat, sich in das zu mischen, was innerhalb des Reichstagsraumes während einer Sitzung von Abgeordneten durch Worte, Abstimmungen oder sonstige Neuherungen gethan wird.

Zu derselben Frage liegen schon mehrere Preßstimmen aus derer Parterrichtungen vor. So bemerkt die „Verl. Volksztg.“:

Neben die Konsequenzen (Folgen) des Verfahrens gegen die betreffenden Abgeordneten ist sich Ledermann klar. Reicht der Amt der Staatsanwaltschaft erst im Punkte der Majestätsbeleidigung in den Sitzungsraum des Reichstages hinein, und wird dies vom Reichstage selbst erst ausschließlich erkannt, so ist es um das vom Artikel 80 der Verfassung garantierte Privilegium der Abgeordneten überhaupt geschehen.

Dieser Gesichtspunkt verleiht der Angelegenheit eine Bedeutung von ungeheurer Tragweite. Es ist daher unerlässlich, daß der Reichstag hier eine klare, unzweideutige, prinzipielle Stellung nimmt, mag die Mehrheit im übrigen über das Verhalten der betreffenden Abgeordneten denken wie sie will.

Die ultramontane „Köln. Volksztg.“ spricht sich dahin aus, daß die Vorgänge durch den Präsidenten des Reichstages schon genügend „geahndet“ sind, und das ist allein entscheidend für den Reichstag. „Der Staatsanwaltschaft entgegen dem bisherigen Gebrauch Dienste zu leisten,“ so schreibt dasselbe Blatt weiter, „hat der Reichstag keinen Grund. Um so weniger, als eine etwaige Verurtheilung der Demonstranten zu wunderbaren Konsequenzen (Folgen) führen würde: wenn ein Sozialdemokrat im Reichstag mündlich die größte Majestätsbeleidigung begeht, so ist er nach Artikel 30 der Verfassung straflos; wenn er beim Hoch auf den Kaiser sitzt bleibt, so soll das nach Ansicht der Staatsanwaltschaft strafbar sein — wir möchten den Reichstag nicht in Wege einlenken sehen, welche zu einer derartigen Folgerung führen.“ — Auf die Stellung des Reichstages auch zu dieser Frage darf man gespannt sein. Noch nie hat eine Session unter so günstigen Voraussetzungen für uns angefangen, als wie die gegenwärtige.

Das Präsidium des Reichstages, die Herren von Lepelow, Frhr. von Buel-Berenberg und Dr. Bürklin, haben am Sonntag dem Kaiser eine Visite abgestattet. Bei dieser Audienz kam der Kaiser auch auf die erste Sitzung im neuen Reichstagshause zu sprechen. Der Kaiser bezeichnete den Vorgang als „sehr bedauerlich“, erblickte aber darin „weniger eine gegen seine Person gerichtete Demonstration“, als vielmehr eine „schwere Beleidigung der Institutionen des Reiches und besonders des Reichstages selbst“, der durch ein solches Vorgehen „schwer verlegt“ werde. Ein solcher Vorgang beweise deutlich die Nöthwendigkeit der sog. Umsturzvorlage und könne deren Erledigung nur fördern. Die weitere Unterhaltung berührte landwirtschaftliche Angelegenheiten und es wurden die verschiedensten Thematik berührt. Des Weiteren theilte der Kaiser mit, daß nach ihm zugegangenen Berichten in Russland die Landwirthe lebhafte Klagen führen über die Wirkungen des deutsch-russischen Handelsvertrages, dieser also doch für uns vortheilhaft sein müsse. Die Unterhaltung dauerte fast dreiviertel Stunden.

Als „Invective“ (Beschimpfung) nicht gegen seine Person, sondern gegen den verfassungsmäßigen Zustand im Reiche hat beim Empfange des Reichstags-Präsidiums der Kaiser, wie wir oben meldeten, das Beruheln unserer Abgeordneten in der ersten Sitzung bezeichnet und dann weiter bemerkt, die sog. Umsturzvorlage verfolge auch den Zweck, „derartige Invectiven zu verhüten.“ Diese Bemerkung zeigt, daß der Kaiser über die Bedeutung der Vorlage nicht ausreichend unterrichtet worden ist; einen Zweck wie den

angedeuteten kann der vorliegende Entwurf garnicht erreichen, und auch eine noch schärfere Vorlage würde in dieser Richtung nur ein Versuch mit untauglichen Mitteln sein, meint hiergegen die „Frz. Ztg.“ Allerdings droht die Umsturzvorlage benjenigen, der in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise durch beschimpfende Neuherungen die Monarchie öffentlich angreift, mit Gefängnisstrafe bis zu zwei Jahren, aber angenommen einmal, es könnte richterlich Scharfstrafe möglich sein, Neuherungen, wie sie am Donnerstag der Abg. Singer gehabt hat, unter den Begriff der öffentlichen Beschimpfung der Monarchie zu bringen, so würde damit nichts erreicht sein, wenn die mit dem Strafgesetz bewaffnete richterliche Gewalt reicht nicht über die Schwelle des Saales, in dem die Vertretung des Reiches versammelt ist. Sollte die Umsturzvorlage auch den vom Kaiser angedeuteten Zweck verfolgen, so müßte sie, um wirksam zu sein, mit einem „Umsturz“ eingeleitet werden, nämlich mit dem des Art. 30 der Verfassung. So lange diese Immunität als eine Einrichtung unserer Verfassung besteht — sie ist das ebenso wie das Kaiserthum, das Wahlrecht und der Bundesrat — werden keine Strafgesetze im Stande sein, „Invectiven“, wie sie der Kaiser im Auge hatte, zu verhüten. Nun könnte man allerdings auf den Gedanken kommen, der Kaiser habe bei Erwähnung der Umsturzvorlage nicht an eine unmittelbare Verhütung der bezeichneten Invectiven gedacht, wohl aber an eine mittelbare, etwa derart, er erwarte von dem Gesetz den Erfolg, daß alsbald kein Sozialdemokrat mehr durch die Wahl zu einem Sitz im Reichstage gelangen werde, aber wir glauben nicht, daß sich in der Regierung oder in der Umgebung des Kaisers eine Persönlichkeit befindet, die den Herrscher mit solchen Illusionen zu füllen wagen würde.

Herr Benedix an der Arbeit. Am Sonnabend voriger Woche wurde wieder einmal „Der Sozialist“ konfisziert und zwar diesmal wegen der beiden in Nr. 50 enthaltenen Artikel „Die Arbeitslosen“ und „Der Selbstmord“. Damit schien die Sache erledigt. Aber es sollte anders kommen, denn wir leben ja im Zeitalter des Umsturzes. Am Montag Nachmittag in der letzten Stunde erschien in den Geschäftsräumen des „Sozialist“ wie der „Vorwärts“ meldet, Kriminalkommissarius Bösel mit sieben Schutzleuten, und diese Herren konfiszieren dort, trotz des Widerspruchs des Expedienten, Alles, was sich überhaupt konfiszieren ließ. Nicht nur die Manuskripte und die redaktionellen Briefe wurden beschlagnahmt, sondern auch die geschäftlichen Papiere der Druckerei, Rechnungen, Geschäftsbücher, Briefe, Abonnementslisten des „Sozialist“ usw. Ja, die Schriftsteller mußten von ihren Bühlern zurückspringen, um sich durch die Polizei die gerade in Arbeit befindlichen Manuskripte vor der Naspe wegnehmen zu lassen. Schließlich wurde noch der Expedient Löhr per Drosche in seine Privatzimmer gefahren, um dort einer durch dieselben Beamten vorgenommenen Haussuchung beizumessen (wobei aber nichts gefunden wurde), während der Redakteur des „Sozialist“, Petersdorf, der gleichzeitig Inhaber der Druckerei des „Sozialist“ ist, verhaftet wurde und sich zur Stunde auch noch in Haft befindet. Als Grund für alle diese Maßregeln, für die uns in der neueren Geschichte der sogenannten Kultursländer die Beispiele fehlen, wurde Anweisung des Staatsanwalts. Benedix angegeben. Der gegenwärtig wehende frische Wind, der uns vor wenigen Tagen die Umsturzvorlage zugetrieben hat, scheint auch auf die Staatsanwälte und auf die Polizei sehr belebend gewirkt zu haben.

Auch Du, mein Sohn Brutus! In einigen freimaurerischen Kreisen scheint man den Umsturz wenig Gewicht beizulegen. So schreibt die „Bresl. Ztg.“, ein Organ Ritterlicher Richtung u. a.:

Bon vornherein müssen wir gestehen, daß das Gesetz weder so unbedeutend ist, um es ganz zu übersehen, noch so bedeutend, um Aufregung hervorzurufen. Die Sozialdemokratie zählt die Achseln, wird das Gesetz abgelehnt, so ist es gut, und wird es angenommen, so ist es auch nicht schlimm.

Das ist zwar nicht schön, aber ein Beweis, daß die Freimaurer auch immer mehr die Bahn einschlagen wie ihre vorausgegangenen Brüder, die Nationalliberalen.

Freigegeben. Auf Antrag des königlichen Polizeipräsidenten in Magdeburg wurde, wie wir gemeldet haben, die Nr. 285 der „Volksstimme“ beschlagnahmt. In einem

Die noch vorhandenen Vorräthe in:

Winter-Paletots
Winter-Juppen
Reiserröcken
Hohenzoller-Mänteln
Schlafröcken
Rock- und Jackett-Anzügen

geben wir der vorgerückten Saison wegen zu



Einfangs-Preisen



ab.

Gebrüder Landsburger

10 Holstenstraße 10

Größtes Special-Geschäft für elegante Herren- u. Knaben-Garderoben.

Um Verwechslungen zu vermeiden, bitten genau auf Hans-Nr. 10 ges. zu achten.

Paul Brinn & Co.

Breitestr. 31 Lübeck Breitestr. 31

stellen für die Weihnachtssaison einen großen Posten

Kleiderstoffe und Muffen

zum vollständigen Ausverkauf zu bisher nicht gekannt billigen Preisen.

NB. Unsere diesjährige Puppen-Ausstellung ist eröffnet.

Lübecker 50 Pfg.-Bazar

Hauptgeschäft: Filiale:
Kupferschmiedestr. 11. Mengstraße 18, Café Central.

Größte Auswahl hier am Platze!

Es würde zu weit führen, jeden Artikel zu benennen.
Mache ganz besonders auf meine billigen Preise aufmerksam.

Ergebnis H. Gröper.

Einen Posten
Herren- und Knaben-Anzüge,
Paletots, Juppen, Hosen zu
um damit zu räumen, spottbillig bei
Rud. Kracht,
Rheinburger Allee 40.

für den Weihnachts-Einkauf

bietet mein Geschäft viele außergewöhnlich preiswürdige Artikel:

Kleider in vollständig ausreichendem Maße Mf. 1,50 und besser.

Tischdecken große Auswahl, Mf. 0,76 und besser.

Teppiche in schönen Fantasie-Mustern, Mf. 4,85 und besser.

Gardinen in großer Auswahl 6 Pfg. per ganze Meter und besser.

Wollwaren, Schärzen, Regen-
Schirme und sämtliche übrigen Artikel der Manufakturwaaren-Branche sind bestens sortirt am Lager und werden zu meinen anerkannt billigen Preisen verkauft.

Otto Albers
Lübeck, Kohlmarkt Nr. 13
Baarverkaufslokal für Manufactur-Waaren.

Breeker
Halbstiefel | Schaststiefel

a Paar 8 Mf. a Paar 12 Mf.

dauerhafte Kinderstiefel
Filzschuhe, Filzpantoffeln

empfiehlt billigst

Rud. Kracht,
Rheinburger Allee 40.

S. gepolsterte Sofas

mit reichhaltigen verschiedenen Bezügen
empfiehlt für den billigen Preis von 24 Mf.

Folckers Möbel-Magazin
Marlesgrube 25.

Photographien

ieglicher Art, passend als Weih-
nachtsgeschenk, liefert in nur
vorzüglicher Ausführung zu civilen
Preisen

Atelier Woelfer
Breitestraße 35.

Bestes Weizen-Dampfmehl

Mf. 11 Pf., bei 5 Mf. à Mf. 10 Pf.
H. Möller, Wilhelmshöhe.

Paul Brinn & Co.

Breitestraße 31 LÜBECK Breitestraße 31

empfehlen

Unterröcke

in hervorragender Auswahl zu außerordentlich billigen Preisen.

